

„Wir sollten uns vor einer Eskalation hüten“

Der Ex-Brigadegeneral und frühere Merkel-Berater Erich Vad spricht über das schwere Erbe des neuen Verteidigungsministers, warnt angesichts des Ukraine-Krieges vor Moskaus militärischen Möglichkeiten – und erklärt seine wohl größte Fehlprognose.

Herr Vad, der SPD-Politiker Boris Pistorius wurde im Bundestag als Verteidigungsminister vereidigt. Was halten Sie von seiner Berufung?

ERICH VAD: Die Personalie kam für mich überraschend, weil sein Name öffentlich nicht gehandelt wurde. Als langjähriger niedersächsischer Innenminister kennt er sich aus mit Sicherheitsfragen. Pistorius ist zudem ein Politprofi, er hat sein Ministerium gut und straff geführt. Das ist eine gute Voraussetzung, aber keine Erfolgsgarantie für das Verteidigungsressort.

Der Minister steht vor der schwierigen Aufgabe der militärischen „Zeitenwende“. Wie kann die Neugründung der Streitkräfte gelingen?

Es ist jetzt wichtig, das Budget für die Bundeswehr hochzufahren. Das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro allein wird nicht reichen, um die Bundeswehr zu ertüchtigen. Zweitens müssen wir aufpassen, dass die notwendige militärische Unterstützung für die Ukraine nicht jedes Maß übersteigt. Sonst gerät die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands an den Nullpunkt.

Die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl, sagt, das Budget müsste auf 300 Milliarden Euro aufgestockt werden. In diese finanzielle Richtung müsste es gehen.

Sie waren Anfang der 1990er-Jahre Stabschef der Panzerbrigade 21 in Augustdorf. Die Bundeswehr ringt heute mehr denn je mit Material- und Beschaffungsproblemen. Wie steht es um die Moral unter den Soldatinnen und Soldaten?

In dieser Frage geht es um die Wehrmotivation der Deutschen insgesamt. Es stimmt bedenklich, dass nur wenige Deutsche bereit sind, mit der Waffe in der Hand für ihr Land zu kämpfen, nach Umfragen weniger als 20 Prozent. Wie soll eine Parlamentsarmee wie die Bundeswehr angesichts dieser Stimmungslage in der Mitte der Gesellschaft stehen? In Wahrheit ist sie weit davon entfernt. Die Deutschen müssen eine stärkere Bereitschaft spüren, etwas fürs Land zu tun.

Verteidigungsminister Pistorius hat immerhin gedient. Wird ihm das im Amt helfen?

Nicht unbedingt. Karl-Theodor zu Guttenberg war Unteroffizier, Thomas de Maizière



Erich Vad während seiner Zeit als Brigadegeneral und militärischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auf unserem Foto sitzen die beiden 2010 in Splitterschutzwesten und mit Gehörschutz im Bundeswehrhubschrauber nach Afghanistan. Foto: dpa

sogar Oberleutnant der Reserve, beide haben im Amt aber nicht gerade reüssiert. Peter Struck hingegen hat nicht gedient, war aber, ähnlich wie Volker Rühle, ein guter Verteidigungsminister. Das ist allerdings lange her.

„Mir fehlt bei den Waffenlieferungen das politische Konzept“

Pistorius hat gleich neue Töne angeschlagen. Deutschland sei „indirekt“ am Krieg in der Ukraine beteiligt, sagte er. Was meinen Sie?

Dabei sollte es bleiben. Deutschland sollte sich nicht direkt in diesen Krieg hineinziehen lassen. Durch undosierte Waffenlieferungen sind wir schon auf einer Rutschbahn. Ich rate zur Vorsicht. Moskau ist bei Weitem noch nicht am Ende seiner militärischen Möglichkeiten. Die Russen haben trotz ukrainischer Erfolge ganz klar die militärische Eskalationsdominanz.

Am heutigen Freitag treffen sich auf der US-Luftwaffenbasis in Ramstein die Verteidigungsminister der westlichen Verbün-

deten, um über weitere Waffen zu sprechen. Was sollte Deutschland jetzt leisten?

Waffenlieferungen sind schon richtig, aber eben maßvoll. Auch wenn der Druck aus der Ukraine steigt, sollten Leopard-2-Panzer ausschließlich im europäischen Verbund geliefert werden, als Export über andere Länder oder gemeinsam mit unseren Partnern.

Leopard-Panzer könnten helfen, damit die Ukraine den Krieg zumindest nicht verliert. Was ist aus Ihrer Sicht das Kriegsziel? Offiziell ist der gewünschte militärische End-State nirgends definiert. Mir fehlt bei unseren Waffenlieferungen das politische Konzept. Wenn wir

nicht in einen dritten Weltkrieg rutschen wollen, müssen wir die Lage realistisch bewerten: Weder wird die Nuklearmacht Russland ganz und gar zu besiegen sein noch wird die Ukraine die Donbassgebiete oder die Krim militärisch zurückgewinnen können.

Sie gehören zu den Menschen, die sich von Beginn an gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen haben – ohne Interessenausgleich zwischen Russland, dem Aggressor, und der Ukraine. Ist der Grundsatz „Diplomatie endet nie“ aus der Zeit gefallen?

Nein, er gilt immer noch. Es gibt Gesprächskanäle, es gibt eine Geheimdiplomatie. Das

haben wir in dem Getreideabkommen gesehen. Das ist gut so. Daran müssen wir wieder anknüpfen. Militärisch sind wir in einer Pattsituation. Das hat auch der amerikanische Generalstabschef Mark Milley gegenüber CNN gesagt.

„Dieser Begriff ist hart, zugegeben, vielleicht zu hart“

Sie sehen eine „weitgehende Gleichschaltung“ der deutschen Medien – nicht im staatlichen Auftrag, die Medien hätten sich nach Ihren Worten „selbst gleichgeschaltet“. Warum verwenden Sie diesen historisch belasteten Begriff?

Dieser Begriff ist hart, zugegeben, vielleicht etwas zu hart. Aber ich sage ja „weitgehend“. Ich habe einfach mit Blick auf eine sehr emotional geführte Debatte in Deutschland das Gefühl, dass es sehr vielen Medien primär um die wünschenswerte Unterstützung der Ukraine geht als um eine ausgewogene Berichterstattung und vor allem darum, Wege zu finden, aus diesem brandgefährlichen Krieg herauszufinden.

Sie sagen, militärische Fachleute würden „weitestgehend aus dem Diskurs ausgeschlossen“. Auf Ihrer Homepage findet man eine lange Liste von Beiträgen großer Medien, die Sie zitieren. Wie passt das zu Ihrer Kritik?

Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass unsere Medien objektiver berichten. Die Ukrainer sollen ihren Freiheitskampf erfolgreich führen. Die mediale Begleitung finde ich jedoch stellenweise zu einseitig. SPD-Chef Lars Klingbeil sagt auch, dass ihm wegen der ständigen Forderungen nach Waffen beinahe schwindelig werde. Die Mehrheit der Bevölkerung ist schon länger und auch laut aktueller Umfrage gegen weitere Waffenlieferungen.

Klingbeil hat zu Kriegsbeginn in Christopher Clarks „Die Schlafwandler“ gelesen. Parallelen zu 1914 sehe er nicht, sagte er uns in einem Interview. Sie sehen durchaus Parallelen. Was hätten Sie der Regierungspartei SPD angesichts des Krieges geraten? Deutschland sollte sich vor einer Eskalation hüten, denn dazu gehören immer mindestens zwei Parteien. Europa ist fast euphorisch in diesen Krieg hineingegangen, das erinnert mich an 1914. In der heutigen Ukraine sehen wir längst einen Abnutzungskrieg – ähnlich wie im Ersten Weltkrieg. Dem fielen Millionen junger Soldaten zum Opfer – ohne politischen Sinn und Verstand. Das gilt es heute zu verhindern.

Am ersten Kriegstag sagten Sie, militärisch gesehen sei „die Sache gelaufen“. Ihre Bewertung war, dass „es nur um ein paar Tage gehen wird“. Sie gelten als einer der profiliertesten Militärexperten des Landes. Worin lag der Irrtum?

Zu Beginn des Krieges waren so gut wie alle Experten der Meinung, dass der Krieg nur sehr kurz sein würde. Manche sprachen von einer Neuaufgabe eines „Sechstageskrieges“ wie 1967 im Nahostkonflikt. Ich habe das damals auch so eingeschätzt. Die militärische Lageentwicklung in einem Krieg folgt nicht einem Drehbuch. Sie ist nur schwer voraussehbar. Krieg ist unkalkulierbar. Das gilt auch für den weiteren Verlauf des Ukraine-Krieges. Deshalb ist statt emotionaler Kriegsrhetorik politische Klugheit angebracht.

Das Gespräch führte Florian Pfitzner

Radikalenerlass: Kretschmann entschuldigt sich

Nico Pointner

Stuttgart. Rund 50 Jahre nach dem Beschluss des Radikalenerlasses hat sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei den zu Unrecht Betroffenen entschuldigt. „Eine ganze Generation wurde unter Verdacht gestellt, das war falsch. Einzelne mögen dann zu Recht sanktioniert worden sein, manche aber eben auch nicht“, schreibt der Grünen-Politiker in einem Brief an die Betroffenen. „Sie haben zu Unrecht durch Gesinnungsanhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit Leid erlitten. Das bedauere ich als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg sehr.“

Mit dem Radikalenerlass aus dem Jahr 1972 sollte eine Unterwanderung des Staates verhindert werden. Die Gefahr von links beunruhigte die junge Bundesrepublik. Der Beschluss des ersten sozialdemokratischen Kanzlers Willy Brandt und der Ministerpräsidenten sah etwa vor, dass vor jeder Einstellung in den öffentlichen Dienst eine Anfrage beim Verfassungsschutz gestellt werden muss. So sollte der Staatsapparat vor möglichen Verfassungsfeinden geschützt werden. Die Schätzungen reichen von 1,8 bis 3,5 Millionen Verfassungsschutz-Anfragen.

Bundesweit seien etwa 1.000 bis 2.000 Menschen nicht eingestellt worden. Der Bund und die sozialdemokratisch regierten Länder rückten bereits 1979 wieder von dem Beschluss ab. Bayern schaffte ihn als letztes Bundesland im Jahr 1991 ab.

Der 74-jährige Kretschmann wäre damals auf dem Weg in den Lehrerberuf selbst fast über den Erlass gestolpert. Kretschmann bezieht sich in dem Brief auf seine linksradikale Studienzeit, die er als „größte Verirrung“ seines Lebens bezeichnet.



Baden-Württembergs Regierungschef Winfried Kretschmann (Grüne). Foto: dpa

So viele Leopard-2-Panzer haben die europäischen Nato-Staaten

Seit Monaten hofft die von Russland angegriffene Ukraine auf die Lieferung von Kampfpanzern aus deutscher Produktion. Wer hat wie viele „Leos“?

Berlin (dpa). Er ist gut 60 Tonnen schwer, etwa zehn Meter lang und gilt als einer der besten Kampfpanzer der Welt: Der Leopard 2 aus deutscher Produktion ist in der Debatte über die Unterstützung der Ukraine in den Fokus gerückt. Doch wie viele besitzen die europäischen Nato-Staaten und Anwärter wie Finnland? Und wer würde sie in die Ukraine liefern?

Dänemark

Eine genaue Anzahl der Leopard-Panzer geben die Behörden nicht preis. Jedoch wurden 14 Panzer laut Militärangaben im September erstmals auf einen internationalen Einsatz nach Estland geschickt.

Deutschland

Die Bundeswehr hat ihre älteren Leopard-Panzer ausge-

mustert oder an andere Länder abgegeben. Darunter fallen Modelle des Typs 2A4, aber auch der Leopard-1-Generation. Von den neueren Modellen hat sie rund 320, die genaue Zahl ist geheim.

Finnland

Finnland ist noch kein Nato-Mitglied, hat allerdings signalisiert, einige Leopard-Panzer an die Ukraine liefern zu können. Laut finnischem Verteidigungskommando besitzen die Finnen rund 200 Leopard-2-Panzer.

Griechenland

Griechenland hat eine deutlich größere Zahl an Leopard-Panzern: So gibt es 170 vom Typ 2HEL, 183 vom älteren Typ 2A4 und 500 vom Typ 1A5 aus der vorhergegangenen Leopard-Generation. Die hohe

Anzahl liegt im Konflikt mit der Türkei begründet.

Niederlande

Die Niederlande haben 18 Leopard-2A6-Panzer aus Deutschland geleast. Diese sind Teil des deutsch-niederländischen

Panzerbataillons.

Norwegen

Laut Verteidigungsministerium hat Norwegen im Jahr 2001 52 gebrauchte Leopard 2A4 von den Niederlanden gekauft. Wie viele Panzer genau

einsatzfähig sind, sagte das Ministerium nicht.

Polen

Polen besitzt laut polnischem Ministerium 247 Leopard-Kampfpanzer in den Versionen 2A4 und 2A5 sowie in der modernisierten Version PL.

Portugal

Vom portugiesischen Verteidigungsministerium gibt es keine Auskunft über die Leopard-Bestände.

Schweden

Aus Schweden gibt es keine Angaben zur Anzahl der Leopard-Panzer. Allerdings gilt es als gesichert, dass Schweden mehr als 100 Panzer des Typs Leopard besitzt.

Slowakei

Die Slowakei besitzt einen Leo-

pard-Panzer. Bis Ende 2023 sollen es im Rahmen eines Ringtauschs insgesamt 15 werden. In die Ukraine wird davon wohl keiner geliefert.

Spanien

Spanien nennt 347 Leopard-Panzer sein eigen. Davon gehören 108 zur älteren Variante 2A4 und 239 Leopard zum Typ 2A6. Jedoch sind einige Panzer nicht einsatzbereit – manche sollten in die Ukraine geliefert werden.

Tschechien

Deutschland stellt Tschechien im Rahmen eines Ringtauschs 14 Leopard 2A4-Kampfpanzer und Bergepanzer Büffel zur Verfügung. Diese sind der Ersatz für an die Ukraine gelieferte Panzer sowjetischer Bauart. Tschechien besitzt erst einen der 14 Leopard-Panzer.



Der deutsche Kampfpanzer Leopard 2. Foto: dpa